

A3 Humanität und Teilhabe statt „Geordnete Rückkehr“

Antragsteller*in: Arbeitskreis Migration und Antirassismus
Beschlussdatum: 19.06.2019
Tagesordnungspunkt: 7. Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Der Bundestag hat im Juni 2019 das sogenannte „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“
2 beschlossen. Das Gesetz opfert humanitäre und menschenrechtliche Anliegen zu
3 Gunsten von „Abschiebungen um jeden Preis“. So wird das bedingungslose
4 Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums verwehrt
5 und Schutzsuchende werden durch Abschiebehaft in regulären Gefängnissen
6 kriminalisiert. Zudem folgt es der Strategie der CDU, potenziell
7 ausreisepflichtige Menschen zu isolieren, um gesellschaftliche Teilhabe zu
8 verhindern und Abschiebungen damit zu erleichtern.

9

10 *Die GRÜNE JUGEND Hamburg verurteilt das Gesetz als rechtswidrig sowie inhuman*
11 *und fordert gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen, unabhängig von ihrem*
12 *Aufenthaltsstatus!*

13 Schutz suchen ist kein Verbrechen!

14

15 Das Geordnete-Rückkehr-Gesetz soll es bis 2022 erlauben, abgelehnte
16 Asylbewerber*innen in regulären Gefängnissen unterzubringen. Trotz einer
17 vorgesehenen "räumlichen Trennung" würde dies einer Aufhebung des
18 Trennungsgebotes von Strafgefangenen und Menschen, die abgeschoben werden sollen
19 gleichkommen und somit klar gegen geltendes Europarecht verstoßen.
20 Schutzsuchende Menschen haben keine Straftat begangen und dürfen daher unter
21 keinen Umständen als Straftäter*innen behandelt werden!

22

23 Außerdem weitert der Gesetzentwurf die Zahl der Abschiebehaft-Gründe stark aus.
24 So könnten praktisch alle vollziehbar ausreisepflichtigen Personen in
25 Abschiebehaft genommen werden, da „Fluchtgefahr“ sehr weit definiert ist.
26 Entsprechend des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes kann die Inhaftierung als einer
27 der stärksten staatlichen Eingriffe in die Rechte des Menschen nur als
28 letztmögliches Mittel angewandt werden. Mit dem Geordnete-Rückkehr-Gesetz soll
29 Abschiebehaft jedoch zum Normalfall werden, womit die Bundesregierung
30 rechtstaatliche Prinzipien eindeutig dem Ziel möglichst vieler Abschiebungen
31 unterordnet.

32

33 *Die GRÜNE JUGEND Hamburg fordert die klare Einhaltung des europarechtlich*
34 *verankerten Trennungsgebots sowie des verfassungsrechtlichen Grundsatzes der*
35 *Verhältnismäßigkeit.*

36 Inklusion statt Isolation

37

38 Im Geordnete-Rückkehr-Gesetz ist die Einführung eines neuen Aufenthaltsstatus
39 für Menschen mit ungeklärter Identität vorgesehen, der diese zu Geduldeten

40 zweiter Klasse degradiert. In der Praxis ist festzustellen, dass es viele
41 Probleme bei der Identitätsfeststellung und Anerkennung von Dokumenten gibt, auf
42 die die Menschen selbst keinen Einfluss haben. In vielen Fällen würden sie
43 dennoch Sanktionen zu spüren bekommen, da nicht immer eindeutig nachweisbar ist,
44 wodurch diese Komplikationen entstehen.

45
46 Der neue Aufenthaltsstatus stellt für alle davon betroffenen Menschen eine
47 Stigmatisierung dar. Menschen werden noch weiter abgewertet, als sie es durch
48 ihren Status als „Geduldete“ ohnehin schon werden.

49
50 Diese Ungerechtigkeit wird durch die vorgesehenen Konsequenzen aus dem neuen
51 Duldungsstatus noch verschlimmert. Den Menschen sollen zusätzliche
52 Arbeitsverbote erteilt werden, sie sollen durch eine Wohnsitzauflage an ihrer
53 Bewegungsfreiheit gehindert werden und ihnen drohen Bußgelder.

54
55 Darüber hinaus soll es ermöglicht werden, alleinstehende Geflüchtete statt
56 bisher sechs Monaten bis zu 18 Monate in Ankerzentren festzuhalten.

57
58 Die Einführung des neuen Duldungsstatus und die Verlängerung des maximalen
59 Aufenthaltes in Ankerzentren beabsichtigt, Menschen beim Ankommen in diesem Land
60 zu hemmen. So werden diese Perspektivlosigkeit ausgesetzt und zum Teil in die
61 Kriminalität gedrängt - z.B. zu Schwarzarbeit.

62
63 Sie werden zwar in ihrem Aufenthalt hier geduldet, es wird aber nur auf den Tag
64 gewartet, an dem sie endlich abgeschoben werden können.

65
66 Zudem soll die Zeit, die Menschen diesen Status tragen, nicht auf die
67 Aufenthaltsdauer angerechnet werden, sodass sie nicht in einen legalen Status
68 hineinwachsen können und zu befürchten ist, dass Menschen jahrelang in
69 Deutschland leben und weiterhin keine Bleibeperspektive absehbar ist.

70
71 Menschen, noch weiter als ohnehin schon, in eine solche Lebenslage des ständigen
72 Abwartens zu drängen und sie damit zu entrechten, ist nicht mit humanistischen
73 Grundwerten vereinbar.

74
75 *Die GRÜNE JUGEND Hamburg lehnt daher eine Einführung dieses stigmatisierenden*
76 *und entrechtenden Status entschieden ab.*

77 **Existenzminimum ist nicht verhandelbar**

78
79 Menschen, die in einem anderen EU-Staat internationalen Schutz bekommen können,
80 sollen keinen Anspruch auf Sozialleistungen mehr haben. Damit sollen sie zur
81 Ausreise in das andere EU-Land bewegt werden. So soll maximal zwei Wochen lang -
82 einmal in zwei Jahren - eingeschränkte finanzielle Unterstützung gezahlt werden,
83 daran anschließend sollen die Zahlungen eingestellt werden.

84
85 Es wird nicht gelingen, Menschen, die aus guten Gründen in Deutschland bleiben
86 wollen, so zur Ausreise zu zwingen. Viel mehr zwingt die Politik die Menschen so
87 in Armut und Obdachlosigkeit und verursacht nur, dass noch mehr Menschen unter
88 prekären Bedingungen illegalisiert in Deutschland leben.

89
90 *Wir fordern stattdessen, Menschen, die in Deutschland leben, weiterhin durch*
91 *uneingeschränkte Sozialleistungen ein Leben hier zu sichern.*

92 **Keine Kriminalisierung von Zivilcourage**

93
94 Der aktuelle Gesetzesentwurf sieht, im Vergleich zu Seehofers ursprünglichen
95 Plänen, keine Haftstrafen mehr für ehrenamtliche Helfer*innen und
96 Journalist*innen vor, wenn sie Geflüchtete gezielt oder durch allgemeine
97 Verbreitung von Informationen vor Abschiebungen warnen. „Wegen Anstiftung oder
98 Beihilfe zur Haupttat“, beispielsweise der Weitergabe von Botschafts- oder
99 Arztterminen im Zuge von Beratungsgesprächen, können sie aber weiterhin belangt
100 werden. Für Behördenmitarbeiter*innen hingegen bleibt die Gefahr der
101 Strafverfolgung auch bei gezielter Warnung noch bestehen. Dies wird damit
102 begründet, dass solche, sowie routinemäßige Termininformation im Rahmen von
103 Abschiebungsverfahren unter das Dienstgeheimnis fallen. Dies führt zu massiver
104 Verunsicherung bei Behördenmitarbeiter*innen und ehrenamtlichen
105 Geflüchtetenhelfer*innen sowie dazu, dass die Schwelle für Engagement für
106 Geflüchtete erhöht wird.
107
108 Oft besteht auch während einer angesetzten Abschiebung weiterhin die Chance, das
109 Verfahren vor Gericht für den*die Geflüchtete*n positiv zu entscheiden. Um ein
110 solches Verfahren zu ermöglichen, darf der*die Betroffene jedoch nicht schon aus
111 Deutschland abgeschoben worden sein.
112
113 Justizministerin Katarina Barley begründete ihren Einsatz gegen die nun
114 ausgesetzten Haftstrafen mit der Äußerung: „Flüchtlingshelfer sind keine
115 Kriminellen.“. Wir finden jedoch: Nicht nur NGOs oder Anwält*innen sind
116 Geflüchtetenhelfer*innen, sondern auch Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Sie
117 müssen ihrem Gewissen folgen können und Menschen vor einer Abschiebung warnen
118 dürfen, die das Leben, die Freiheit und die Menschenrechte der Betroffenen
119 direkt gefährden würden.
120
121 *Deswegen fordert die GRÜNE JUGEND Hamburg, jegliche Kriminalisierung, sowohl von*
122 *ehrenamtlichen Helfer*innen, Organisationen, als auch von*
123 *Behördenmitarbeiter*innen zu unterlassen.*

124 **Hamburg: Sicherer Hafen heißt Bleiberecht und Menschenwürde!**
125
126 Die GRÜNE JUGEND Hamburg fordert den Hamburger Senat auf sich diesem inhumanen
127 Gesetz entgegenzustellen.
128
129 So sind die Länder in keinster Weise verpflichtet, von der rechtlichen
130 Möglichkeit, Schutzsuchende in Gefängnissen unterzubringen, Gebrauch zu machen.
131 Entsprechend soll Hamburg das Trennungsgebot von Strafgefangenen und Menschen,
132 die abgeschoben werden sollen, weiterhin aufrecht erhalten.
133
134 Außerdem fordern wir den Hamburger Senat auf, die Ausländer*innenbehörde
135 anzuweisen, alle Ermessensspielräume auszunutzen, um den neuen Duldungsstatus
136 keinem Menschen zuzuschreiben.

Begründung

Wir wollen, dass sich die GRÜNE JUGEND Hamburg gegen dieses unmenschliche Gesetz ausspricht und sehen diesen Antrag als einen weiteren Baustein innerhalb unserer Arbeit, geflüchteten und illegalisierten Menschen in Deutschland ein lebenswertes Leben zu ermöglichen.